

Pressekonferenz 25. November 2008

## **Sonderauswertung DGB-Index Gute Arbeit 2008 „Junge Beschäftigte“**

Statement Ingrid Sehrbrock, stellv. DGB-Vorsitzende  
und René Rudolf, DGB-Bundesjugendsekretär

### **Ingrid Sehrbrock:**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
im Juni haben wir Ihnen die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit 2008 vorgestellt. Sie beruhen auf einer repräsentativen Umfrage unter 6835 Beschäftigten, die im ersten Quartal dieses Jahres durchgeführt wurde. 16 Prozent der befragten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind unter 30 Jahre, das sind 1080 Befragte. Auf dieser Grundlage können wir auch repräsentative Aussagen darüber machen, wie junge Beschäftigte ihre Arbeits- und Einkommenssituation bewerten.

Natürlich erstreckt sich unser Anspruch, gute Arbeit zu ermöglichen, auf alle Altersgruppen. Trotzdem ist der Fokus auf junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig und aufschlussreich. Denn an ihrer Arbeits- und Einkommenssituation lassen sich allgemeine Trends ablesen in welche Richtung sich die Arbeitswelt entwickelt.

Vor diesem Hintergrund kann es niemanden zufrieden stellen, dass lediglich neun Prozent der jungen Beschäftigten ihre Arbeitsqualität als gut bewerten (*2 Prozent weniger als im Vorjahr und 2 Prozent weniger als im Gesamt-Index*). Das bedeutet, sie sehen kaum belastende Arbeitsbedingungen, viele förderliche Ressourcen und ein angemessenes Einkommen.

Dagegen empfinden 29 Prozent der unter 30-Jährigen ihr Arbeitsleben als schlecht (*1 Prozent weniger als im Vorjahr und 3 Prozent weniger als im Gesamt-Index*). Das heißt, sie bewerten ihre Arbeitsbedingungen als belastend oder stark belastend, ihre Ressourcen als nicht förderlich und sie halten ihr Einkommen für unangemessen.

Der Vergleich zum Vorjahr zeigt, dass sich die **Einkommenssituation** junger Beschäftigter deutlich verschlechtert hat. Hatten 2007 noch 51 Prozent der unter 30-Jährigen Vollzeitbeschäftigten ein Bruttoeinkommen von bis zu 2000 Euro sind es 2008 62 Prozent. Das bedeutet einen Anstieg von elf Prozentpunkten innerhalb eines Jahres. Gleichzeitig sank der Anteil derjenigen, die mehr als 2000 Euro verdienen, ebenfalls um 11 Prozentpunkte. Diese dramatische Verschiebung innerhalb des Einkommensgefüges junger Beschäftigter lässt sich nicht mit der wirtschaftlichen Talfahrt der vergangenen Wochen erklären, da unsere Daten bereits im Frühjahr erhoben wurden. Diese Entwicklung hat sich also während einer Phase guter Konjunkturlage vollzogen. Unsere Ergebnisse belegen also gegenläufige Trends in der Arbeitswelt: Während die Ansprüche an die Beschäftigten in allen Branchen steigen und eine höhere Qualifikation erfordern, entwickelt sich das Einkommensgefüge auseinander.

Sieben Prozent der jungen Befragten geben als Vollzeit-Bruttoeinkommen sogar nur „bis 800 Euro“ an, das sind drei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr (*ein Bruttoeinkommen von 800 Euro entspricht einem Stundenlohn von etwa 5 Euro*). In derselben Einkommensgruppe gibt es zudem deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen: „Nur“ vier Prozent der Männer arbeiten für bis zu 800 Euro, aber zehn Prozent der Frauen. Dies liegt vermutlich auch an einer unfairen Eingruppierungspraxis, sagt aber viel mehr über den gesellschaftlichen Stellenwert so genannter frauentypischer Arbeit aus. So liegen die Löhne im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen im unteren Bereich: 54 Prozent der Befragten erhalten weniger als 2000 Euro brutto. Gleichzeitig sind dies Branchen, in denen bis zu 84 Prozent Frauen arbeiten. Dass sie ihre Tätigkeit als gesellschaftlich nützlich einschätzen, dürfte wohl kaum eine ausreichende Kompensation für die entgangene finanzielle Entschädigung sein.

Neben dem Einkommen hat uns auch interessiert, wie junge Beschäftigte in die Zukunft blicken. 67 Prozent der Befragten gaben an, es komme vor, dass sie Angst um ihre **berufliche**

**Zukunft** haben. Es liegt auf der Hand, dass dieses Gefühl eng verknüpft ist mit dem Erleben der eigenen Arbeits- bzw. Einkommenssituation. Verbindet man die Aspekte Einkommen und berufliche Zukunft, so zeigt sich, dass lediglich ein Viertel der jungen Beschäftigten ein Einkommen von mindestens 2000 Euro hat und unbefristet beschäftigt ist. 14 Prozent arbeiten ebenfalls unbefristet und verdienen zwischen 1500 und 2000 Euro. Alle anderen jungen Beschäftigten – mehr als 60 Prozent – haben ein Arbeitsverhältnis, das als prekär einzustufen ist: Sie arbeiten entweder zu Niedriglöhnen von unter 1500 Euro (20 Prozent) und/oder befristet (26 Prozent), in Zeitarbeit (5 Prozent) oder in Minijobs (10 Prozent). Auch an dieser Stelle zeigt sich: Junge Beschäftigte haben mit den Folgen eines vermeintlich flexibleren Arbeitsmarktes zu kämpfen. Dies trifft sie besonders hart, weil sie in einer Lebensphase sind, in der es sowohl um den Berufseinstieg und die Karriereplanung geht, als auch um die private Lebensplanung.

Wir erleben aktuell im Wirtschaftsabschwung, dass Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter die ersten sind, die entlassen werden\*. Und wir müssen befürchten, dass davon insbesondere junge Beschäftigte betroffen sind. Denn fünf Prozent von ihnen sind in der Zeitarbeit tätig - doppelt so viele, wie im Schnitt der gesamten Erwerbstätigen\*. Gerade für junge Beschäftigte ist diese unsichere Berufsperspektive fatal. Denn der Sprung in eine Festanstellung ist nicht so leicht, wie oft behauptet. Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt, dass maximal 15 Prozent der Zeitarbeiterinnen und -zeitarbeiter von Unternehmen übernommen werden. Die viel beschworene Brücke in den festen Job erweist sich also als ziemlich wackliger und schmaler Steg. Für viele junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer droht Zeitarbeit sogar zur Sackgasse zu werden. Einmal drinnen, womöglich noch mit einer falschen Eingruppierung, droht sich der unsichere Arbeitsalltag fortzusetzen. Damit rücken auch Weiterbildungsmöglichkeiten in weite Ferne. Unsere Frage nach einer Weiterbildung in den vergangenen zwei Jahren, beantworteten 55 Prozent der jungen unbefristet Beschäftigten mit Ja, aber nur 14 Prozent der jungen Zeitarbeiterinnen und -arbeiter.

### **René Rudolf:**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
jungen Beschäftigten bereitet nicht nur ihre berufliche Zukunft – zumindest zeitweise – Sorge. Sie beschäftigen sich auch mit der Frage, ob sie das **Renteneintrittsalter** unter den herrschenden Bedingungen erreichen und ob ihre **Rente** dann ausreichen wird. Die Einschätzung ist alarmierend: Nur 5 Prozent gehen davon aus, dass ihr Renteneinkommen aus gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge ausreichen wird. 57 Prozent geben an, dass sie diese Aussicht stark oder sehr stark belastet. Das heißt, junge Menschen schätzen, dass aus ihrem derzeitigen Einkommen in der Zukunft finanzielle Probleme resultieren werden.

45 Prozent der Befragten können sich vorstellen, in ihrer Tätigkeit das Rentenalter zu erreichen, 36 Prozent geben eine dezidiert schlechte Prognose ab, 19 Prozent können dazu keine Angabe machen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Selbsteinschätzung verschlechtert: 2007 waren noch 49 Prozent der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer optimistisch und 32 Prozent pessimistisch.

Auch an dieser Stelle zeigt sich, dass gute Arbeitsbedingungen einen starken Einfluss auf die Selbsteinschätzung haben: Wenn die Arbeits- und Einkommensbedingungen gut gestaltet sind, können sich 80 Prozent der Befragten vorstellen, gesund das Rentenalter zu erreichen. Dagegen glauben nur 20 Prozent der jungen Beschäftigten mit schlechter Arbeit, unter diesen Bedingungen das Rentenalter zu erreichen.

*\*Die Hans-Böckler-Stiftung schätzt, dass im Laufe des Abschwungs bis zu einem Drittel der Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren könnten; das waren Mitte 2007 730 000).*

*\*\*Durchschnittswert, sehr unterschiedliche Anteile je nach Branche, in der Metall- und Elektroindustrie bspw. 6 Prozent*

Dass nur ein Bruchteil der jungen Menschen davon ausgeht, allein von gesetzlicher und betrieblicher Rente im Alter leben zu können, könnte man auch als Zeichen werten, dass die Botschaft angekommen ist: Beizeiten muss Geld auf die Seite gelegt werden. Doch das funktioniert nur, wenn das Geld nicht nur bis zum Monatsende reicht. Unsere Umfrage zeigt, dass das bei einem großen Teil dieser Altersgruppe nicht selbstverständlich ist.

Junge Beschäftigte bekommen also die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen doppelt und dreifach zu spüren: In jungen Jahren ist das Geld knapp, sie müssen volle zwei Jahre länger arbeiten und danach bleibt der Geldbeutel unter Umständen klamm, weil das Geld für die Altersvorsorge fehlte.

Es geht uns nicht darum, den Teufel an die Wand zu malen. Aber die Potenziale junger Menschen dürfen nicht damit vergeudet werden, dass sie sich beständig Sorgen um die Zukunft machen müssen. In ihrem und unserem Interesse müssen wir dafür sorgen, dass sie optimistisch nach vorne blicken können. Für Unternehmen heißt das vor allen Dingen, jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive zu geben, statt ihnen möglichst viel Arbeitskraft für möglichst wenig Geld abzufordern.

Jobs für junge Beschäftigte müssen sicherer werden: durch möglichst viele unbefristete Arbeitsverträge, eine faire Bezahlung und gute Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Eine (zumindest befristete) Übernahme nach der Ausbildung trägt ebenso dazu bei, wie die Eindämmung befristeter zugunsten unbefristeter Arbeitsplätze.

Ingrid Sehrbrock:

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Wirtschaft und Politik haben bislang keine befriedigenden Antworten auf die Lebenslagen junger Beschäftigter gefunden. Gemeinsam müssen wir verhindern, dass sich deren teilweise prekäre Beschäftigungssituation zu einem Zukunftsmodell für Arbeit verfestigt, das die Risiken immer stärker auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert – durch niedrige Löhne, unfreiwillige Teilzeitarbeit, Zeitarbeit und Befristungen. Dies hat, neben materieller Unsicherheit auch weitreichende Konsequenzen auf die Bereitschaft, sich für bessere Bedingungen zu engagieren. Wer wagt es schon, aus einer Befristung heraus für eine bessere Bezahlung zu streiten?

Es wird Sie nicht verwundern, dass wir in der Einführung eines Mindestlohns von zunächst 7,50 Euro eine der notwendigen politischen Antworten sehen. Auch unsere Umfrageergebnisse machen deutlich, dass der Mindestlohn für viele junge Beschäftigte einen großen Schritt in Richtung finanzielle Unabhängigkeit bedeuten würde. Sie wären nicht länger gezwungen, trotz Vollzeitjob ihren Eltern, Partnern oder dem Steuerzahler auf der Tasche zu liegen.

Regelungsbedarf gibt es auch bei der Zeitarbeit. Dort Beschäftigte müssen der Stammbeschaftung beim Entgelt und den übrigen Arbeitsbedingungen vom ersten Tage an gleichgestellt werden. Ausnahmen dürfen nur aufgrund tarifvertraglicher Regelungen möglich sein. Wir müssen erreichen, dass Zeitarbeit nicht länger zur Verdrängung regulärer Beschäftigung führt. Denn diese Entwicklung trifft junge Beschäftigte besonders hart und macht sie zur arbeitsmarktpolitischen Manövriermasse. Das ist auch aus wirtschaftlicher Perspektive kurzfristig, denn die Unternehmen sind auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Und aus politischer Sicht ist die prekäre Lage vieler junger Beschäftigter ein Skandal und hat mit guter Arbeit nichts zu tun.